

# Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Interessenbekundungsverfahren  
für die Umsetzung eines Projekts im  
Rahmen des Landesprogramms De-  
mokratie. Vielfalt. Respekt. – Gegen  
Rechtsextremismus, Rassismus und  
Antisemitismus im Handlungsfeld  
„Projektgeschäftsstelle für das Forum  
Brückenbauer:innen“

Berlin, den 30.07.2024

Senatsverwaltung  
für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,  
Vielfalt und Antidiskriminierung

**BERLIN**



## **I. Hintergrund**

Im Land Berlin bestehen bereits ausgeprägte Austausch- und Beratungsformate im Präventionskontext mit Bezug zu Antisemitismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dennoch haben die Terrorangriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und die daraus resultierenden Entwicklungen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Berlins die Notwendigkeit aufgezeigt, neue Formate zur Verständigung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu erkunden. Als Reaktion auf die wachsenden Herausforderungen und Konflikte wurde in der Öffentlichkeit die Einrichtung eines „Forums Brückenbauer:innen“ vorgeschlagen. Dieses Forum ist als Plattform konzipiert, die offene und respektvolle Dialoge ermöglicht, um Barrieren abzubauen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Die Etablierung dieses Forums ist besonders relevant in Zeiten, in denen internationale Ereignisse wie der Anschlag am 7. Oktober lokale Gemeinschaften beeinflussen und das Potenzial haben, diese zu spalten. Ziel des Forums ist es, Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen, zu deeskalieren, und somit wesentlich zur Stärkung der sozialen Kohäsion in Berlin beizutragen.

Zur Umsetzung eines solchen Forums, ist die Einrichtung einer Projektgeschäftsstelle für das „Forum Brückenbauer:innen“ erforderlich. Diese Geschäftsstelle übernimmt die operative Leitung, koordiniert die Interaktionen mit allen beteiligten Akteur\*innen und begleitet die inhaltliche Arbeit des Forums in beratender und unterstützender Funktion.

Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, gleichzeitig die Abteilung IV der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, plant ab Herbst 2024 die Berliner Projektlandschaft zur Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit einem Projekt zu Begegnungsformaten zu verstärken.

Die entsprechenden Zuwendungsmittel werden im Rahmen einer Zuwendungsvergabe (nach § 44 LHO) ausgereicht.

Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens soll ein durchführender Träger ermittelt werden.

## **II. Zielstellungen des geplanten Projekts**

Das übergeordnete Ziel ist die Koordination und operative Verwaltung des „Forum Brückenbauer:innen“, welches zum Ziel hat, Perspektivwechsel zu ermöglichen, langfristige Veränderungen in der Wahrnehmung und im Umgang mit unterschiedlichen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit herbeizuführen und somit eine nachhaltige Verbesserung für die von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Gemeinschaften in Berlin zu erreichen.

Die Kernziele der Projektgeschäftsstelle sind:

- die Planung und Steuerung aller Forumsaktivitäten, einschließlich der zeitgerechten Erreichung der Projektziele;
- die Organisation und Durchführung von regelmäßigen Treffen, Workshops und anderen Veranstaltungen, die darauf abzielen, den Dialog zu fördern und Verständnis zu schaffen;
- die Verantwortung für das Budgetmanagement, die Personalplanung, die Verwaltung von Verträgen und die Sicherstellung, dass alle rechtlichen und administrativen Anforderungen erfüllt sind;

- die Pflege der Beziehungen zu allen relevanten Stakeholdern, einschließlich der Zuwendungsgeberin, Kooperationspartner\*innen und Teilnehmenden des Forums;
- die Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie, die alle beteiligten Communities einbezieht, den Medienumgang regelt und eine Internetpräsenz schafft;
- die regelmäßige Erstellung von Berichten über den Fortschritt und die Auswirkungen des Forums zur Gewährleistung von Transparenz;
- die Implementierung von Feedbackmechanismen zur kontinuierlichen Verbesserung der Forumstätigkeiten und Anpassung an die Bedürfnisse der Teilnehmenden;
- die laufende Interaktion und enge Zusammenarbeit mit den beteiligten Gemeinschaften, um deren Bedürfnisse und Perspektiven aktiv in die Forumsgestaltung einfließen zu lassen.

Für die Erreichung dieser Ziele soll auf geeignete Methoden zurückgegriffen werden. Diese sollen vom Projekt in der Interessenbekundung skizziert werden (im unter VI., 3. angeführten Konzept für die inhaltliche und organisatorische Durchführung).

### III. Allgemeine Bestimmungen

#### 3.1 Verfahrensgrundlagen

Die o.g. Senatsverwaltung verfährt nach § 7 Absatz 2 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung von Berlin (LHO). Ziel dieses Interessenbekundungsverfahrens (IBV) ist es, zunächst einen Überblick über potentielle externe Träger\*innen/Kooperationspartner\*innen zu erlangen.

Die im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens eingereichten Konzepte werden unter Wahrung der Grundsätze der Gleichbehandlung, Transparenz und Unparteilichkeit ausgewertet.

Das im Interessenbekundungsverfahren ausgewählte Konzept wird anschließend zur Antragstellung der entsprechenden Zuwendungsmittel im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ aufgefördert. In diesem Zusammenhang sind weitere Unterlagen erforderlich, über die zu gegebener Zeit informiert wird. Der Projektbeginn ist frühestens zum 01.10.2024 möglich. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um ein formales Vergabeverfahren handelt, sondern dass die Interessenbekundung ausschließlich der Entscheidungsvorbereitung dient. Kosten, die den Teilnehmenden am Interessenbekundungsverfahren entstehen, können nicht erstattet werden.

#### 3.2 Teilnehmendenkreis

Teilnahmeberechtigt sind Organisationen, die die unter Punkt 5 aufgeführten Forderungen erfüllen.

#### 3.3 Durchführende Stelle

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung  
Referat IV D Demokratieförderung und Prävention

Dienstsitz: Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin

Ansprechpartner\*innen:

Damla Gündogdu: [Damla.Guendogdu@senjustva.berlin.de](mailto:Damla.Guendogdu@senjustva.berlin.de) | Tel: 030 - 9013-3499

Ulf Bünermann: [Ulf.Buenermann@senjustva.berlin.de](mailto:Ulf.Buenermann@senjustva.berlin.de) | Tel: 030 - 9013-3498

### **3.4 Einreichungsfrist**

Die Interessent\*innen werden aufgefordert, ihre Interessenbekundungen unter Angabe des unten genannten Kennworts bis zum 13.09.2024 um 12:00 Uhr **postalisch** an die nachfolgend aufgeführte Anschrift zu richten. Maßgeblich für die Fristwahrung ist das Eingangsdatum der postalisch versandten oder überbrachten Unterlagen, falls die Bewerbungsunterlagen persönlich eingereicht werden. Unterlagen, die nach Fristende eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung  
Abt. IV / Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung

IV D 6 - Damla Gündogdu

Dienstsitz:

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin

Kennwort: IBV „Forum Brückenbauer:innen“

### **3.5 Verschwiegenheit**

Interessent\*innen sind verpflichtet, auch nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens über alle im Rahmen ihrer Tätigkeit erlangten Kenntnisse Verschwiegenheit zu wahren. Dies schließt eine entsprechende Verpflichtung aller Mitarbeitenden ein, die an der Erstellung der Interessenbekundung beteiligt sind.

## **IV. Projektbeschreibung**

### **4.1 Auftraggeber**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung  
Abt. IV / Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung.

### **4.2 Projektlaufzeit**

Die geplante Projektlaufzeit beginnt voraussichtlich frühestens am 01.10.2024 und endet am 31.12.2024. Eine Fortführung des Projekts ist unter der Voraussetzung zur Verfügung stehender Haushaltsmittel über das Jahr 2025 hinaus beabsichtigt.

### **4.3 Umfang der Zuwendung**

Vorbehaltlich der im Haushalt zur Verfügung stehenden (Zuwendungs-) Mittel sind für das Projekt bis zu **60.000 €** im Jahr 2024 vorgesehen und bis zu **120.000 €** im Jahr 2025. Die disponierten Mittel sind im jeweiligen Kalenderjahr zu verausgaben und können nicht übertragen werden.

## **V. Anforderungen an interessenbekundende Träger**

Für die Realisierung einer Projektgeschäftsstelle für das Forum Brückenbauer:innen werden von der Trägerorganisation umfassende Kompetenzen erwartet. Interessenbekundende Träger sollten nicht

nur ausgewiesene Erfahrung in der Koordination und Verwaltung von (Projekt-)geschäftsstellen vergleichbarer Größe verfügen, sondern auch tiefgreifende Fachexpertise im Bereich Antidiskriminierung und Menschenrechte aufweisen. Ein spezialisierter Fokus auf die Phänomenbereiche antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus ist dabei besonders relevant. Zudem sind eine enge Vernetzung zu relevanten religiösen Verbänden und zu sonstigen relevanten Community-Organisationen in Berlin sowie Zugänge zu Schlüsselinstitutionen wie zivilgesellschaftliche Organisationen, Bildungseinrichtungen, Beratungs- oder Meldestellen und anderen relevanten Einrichtungen essentiell, um eine umfangreiche Zielgruppenerreichung sowie Netzwerkbildung zu gewährleisten.

Fähigkeiten in der sachgerechten Aufbereitung und Kommunikation der Ergebnisse an eine breite Öffentlichkeit sowie an Fachkreise und Entscheidungsträger\*innen sind unabdingbar. Die Projektkommunikation in der Öffentlichkeit basiert ausschließlich auf fundierten Erkenntnissen aus der Projektarbeit und spiegelt stets professionelle Expertise wider.

Der interessensbekundende Träger organisiert das Forum und koordiniert und verwaltet es. Dabei stellt er den wirtschaftlichen Einsatz und den Nachweis der Verwendung aller durch Zuwendung oder in anderer Form der durch SenASGIVA zur Verfügung gestellten Mittel sicher und garantiert mit seinem Antrag, dass das zur Projektdurchführung vorgesehene Personal über die notwendigen Erfahrungen, Fähigkeiten und zeitlichen Ressourcen verfügt, um die Aufgaben sach- und fristgerecht in hoher Qualität umzusetzen. Hierzu gehört auch das fundierte Wissen über die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und des Zuwendungsrechts.

## **VI. Anforderungen an die Interessensbekundung**

Es wird um die Einreichung folgender Unterlagen und Angaben gebeten:

1. Eine Selbstdarstellung des Trägers einschließlich der Beschreibung der Erfahrungen in der Realisierung vergleichbarer Projekte (maximaler Umfang 2 Din A 4 Seiten);
2. Eine Auflistung bisheriger Referenzprojekte. Dokumentationen oder Mediendateien werden nicht angenommen;
3. Ein Konzept für die inhaltliche und organisatorische Durchführung des jeweiligen Projekts, einschließlich konkreter Zielstellungen und eines Zeit- und Arbeitsplans (maximaler Umfang insgesamt 10 Din A 4 Seiten);
4. Eine konzeptionelle Darlegung der Netzwerkaktivitäten und der beabsichtigten Zusammenarbeit mit den beteiligten Gemeinschaften;
5. Ein vorläufiger Finanzierungsplan;
6. Die Angabe einer Ansprechperson mit Telefonnummer, Adresse, E-Mail und ggf. Internetadresse.

Wenn Sie zur Antragstellung aufgefordert werden, sind weitere Unterlagen erforderlich über die Sie dann informiert werden. Der Projektbeginn ist frühestens zum 01.10.2024 geplant.

## **VII. Bewertung der Interessensbekundungen**

Die Prüfung und Bewertung der durch die Interessent\*innen eingereichten Unterlagen erfolgen unter Berücksichtigung aller verlangten Angaben bzw. Nachweise. Sämtliche nachprüfbaren oder ins

Einzelne gehenden Behauptungen in den eingereichten Unterlagen werden als verbindliche Zusagen angesehen und gelten als verbindlich zugesicherte Eigenschaft.